

Ressort: Politik

EU-Vertreter wollen bei "Grexit" Vertiefung der Währungsunion

Brüssel, 26.04.2015, 02:00 Uhr

GDN - Vertreter der Institutionen sowie europäischer Regierungen fordern laut eines Berichts der "Welt am Sonntag" im Falle eines Euroaustritts von Griechenland ein sofortiges Signal für eine Vertiefung der Währungsunion. Spitzenpolitiker fürchteten dabei weniger die direkten Folgen eines "Grexits", als die Konsequenzen für den Fall, dass ein weiteres Euroland später in Schieflage geraten sollte.

"Dagegen müssen wir die Währungsunion so schnell wie möglich wappnen", sagte ein ranghohes Regierungsmitglied eines großen Eurostaates. Vertreter der Institutionen aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Europäischer Zentralbank (EZB) und EU-Kommission sowie europäische Regierungspolitiker bestätigten diese Auffassung. Auch SPD-nahe Wirtschaftsexperten fordern die Eurozone zu weiteren Reformen der Währungsunion auf. "Die Weiterentwicklung der Währungsunion ist das vergessene Kind der Krise", sagte Henrik Enderlein, Wirtschaftsprofessor an der Berliner Hertie School of Governance der "Welt am Sonntag". "Dabei kann die Währungsunion in ihrer jetzigen Verfasstheit nicht überleben. Die Politik des Durchwurstelns wird besser als jede Krise die Währungsunion zum Einsturz bringen." Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger glaubt allerdings nicht, dass die Deutschen zur Übernahme weiterer Haftungsrisiken bereit sind. "Ich würde als Politiker alles unternehmen, damit sich der deutsche Steuerzahler nicht weiter aufregen muss", sagte Bofinger. Eine gemeinsame europaweite Arbeitslosenversicherung etwa gebe "Mord- und Totschlag. Solch ein Schritt wirkt destruktiv auf den Integrationsprozess, weil viele Wähler dies als Transferunion ansehen würden." Auch der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, warnt davor, die gemeinsame Schuldenhaftung zu erhöhen. "Euro-Bonds oder andere Formen von Gemeinschaftshaftung braucht Europa nicht", sagte Fratzscher. Europa brauche stärkere Regeln, damit nicht alle Mitgliedstaaten für das Fehlverhalten einzelner Länder geradestehen müssen. "Gerade deshalb brauchen wir einen europäischen Finanzminister mit Eingriffsrechten in die nationalen Haushalte. Ein europäischer Finanzminister sollte sich auch über eine eigene Steuerabgabe finanzieren können."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-53571/eu-vertreter-wollen-bei-grexit-vertiefung-der-waehrungsunion.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619